

Dr. Birthe Tahmaz/Dr. Holger Krimmer

»Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert«: Wie freiwilliges Engagement die Corona-Krise bewältigt und die neue Engagementstiftung des Bundes ihre Rolle finden kann

Die sogenannte Corona-Krise stellt den Zusammenhalt in der Gesellschaft auf eine Bewährungsprobe und bedroht die breite und vielfältige zivilgesellschaftliche Szene in Deutschland. Vereine, gemeinnützige Unternehmen, Genossenschaften, Stiftungen, sie alle müssen wichtige Entscheidungen treffen und Lösungen finden: Wie können sie die Krise überdauern, neue Chancen nutzen und sich krisenfest für die Zukunft aufstellen? Im Auftrag der Bundesländer Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz und der Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern hat ZiviZ im Stifterverband Führungskräfte in Infrastruktureinrichtungen und Verbänden befragt, welche Probleme die Maßnahmen zur Eindämmung für ihre Arbeit verursachen und wie sie versuchen, diese zu bewältigen. Das Ergebnis: das Engagement vor Ort fand für viele Herausforderungen und Probleme schneller und auf lokale Rahmenbedingungen passendere Lösungen und Konzepte, als Bund, Land und Kommunen, Behörden und Ämter dazu in der Lage wären. Zugleich stehen die Organisationen finanziell unter besonderem Druck und vor allem die kurzfristige Umstellung auf digitale Arbeitsinstrumente fordert die Mehrheit besonders heraus.

Die Studienergebnisse sollen Länder und Bund dabei helfen, auf Basis von belastbaren Informationen Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu entwickeln. Zugleich helfen diese Informationen auch der Engagementförderung privater Akteure wie Stiftungen und Unternehmen, um Impulse geben zu können. Die wichtigsten Ergebnisse und darauf aufbauenden Empfehlungen sind im Folgenden zusammengefasst.

Die Ergebnisse

Was während der vermehrten Zuwanderung geflüchteter Menschen 2015/16 zu beobachten war, zeigt sich auch während der Corona-Krise: Das spontane und informelle Engagement stieg zu Beginn des Lockdowns explosionsartig an. Sportvereine, aber auch Freizeit- und Migrantenorganisationen sind hier die zentralen Drehscheiben und Plattformen. Mehrheitlich wird beschrieben, dass das Angebot an helfendem Engagement deutlich größer sei als die Nachfrage. Allerdings durchleben viele Organisationen aktuell einen Rollenwandel im Bereich Governance und Leadership: Kurzfristig hat der Wegfall von ehrenamtlichen Engagementmöglichkeiten die Anforderungen an Hauptamtliche während des Lockdowns verdichtet. Diese Machtverschiebung wird von einzelnen Interviewees (Befragten) kritisch reflektiert und sollte

in weiteren Untersuchungen über einen längeren Zeitraum beobachtet werden. Aber auch längerfristig ist mit Veränderungen in der Governance von Organisationen zu rechnen, denn der wachsende Anteil digitaler Instrumente der Eigenorganisation, Zielgruppenbetreuung und Kommunikation fordert auch die Führungsfähigkeiten. Hier ist auch die Politik gefragt, den Aufbau von Infrastrukturen zu unterstützen, welche die digitale Transformation von Organisationen ermöglichen und beratend begleiten.

Das breitere politische Handeln bewerteten die Interviewees grundsätzlich positiv. Auch die vorgenommenen Maßnahmen im Gemeinnützigkeits- und Vereinsrecht erhielten ein positives Feedback. Zugleich fordern ganz unterschiedliche Bereiche, dass die Angemessenheit der Grundrechtseinschränkungen ausgewertet und starre Verbote in flexiblere Lösungen weiterentwickelt werden sollten.

Die finanzielle Situation im gemeinnützigen Sektor

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die finanzielle Situation von gemeinnützigen Organisationen ist sehr unterschiedlich. Manche Organisationen sind in ihrer Existenz gefährdet. Andere konstatieren, die Krise habe keine Folgen für ihre finanzielle Aufstellung. Von starken Problemen berichten u.a. jedoch Jugend- und Bildungsstätten, Kultureinrichtungen, Selbsthilfeorganisationen und muslimische Glaubensgemeinschaften. Das hat überwiegend mit dem Wegfall von Kollekten und dem Ausfall von Gebühren und Entgelten in wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben zu tun. Organisationen mit einem größeren Finanzierungsanteil durch Mitgliederbeiträge sind zur Zeit des Lockdowns hingegen weniger stark von Finanzierungsengpässen betroffen. Sie haben jedoch bereits zum Zeitpunkt der Datenerhebung erkannt, dass eine drohende Wirtschaftskrise zu einem späteren Zeitpunkt auch sie treffen kann, da mit einem Mitgliederschwund gerechnet werden muss und Spenden und Sponsoringpartner wegbrechen könnten.

Insgesamt wurde zum Zeitpunkt der Befragung die finanzielle Lage als ›unverändert‹ beziehungsweise als ›eher schlechter‹ im Vergleich zur Situation vor der Krise bewertet. In die nahe Zukunft von vier bis sechs Wochen blickend, gaben die befragten Personen eine tendenziell schlechtere Prognose ab: 45 Prozent erwarteten eine ›etwas schlechtere Lage‹ in der näheren Zukunft. Die Antworten stellen nur erste Anhaltspunkte dar, werden allerdings an Bedeutung gewinnen, wenn in einer anschließenden digitalen Befragung, welche ZiviZ derzeit plant, der weitere Verlauf der Corona-Krise und ihrer Auswirkungen auf die Arbeit der gemeinnützigen Organisationen erfasst wird. Die finanzielle Notsituation ist zwar bei zahlreichen gemeinnützigen Organisationen besonders wichtig, aber nicht das alleinige dominante Problem, welches mit der Corona-Krise für die organisierte Zivilgesellschaft einhergeht. Andere Herausforderungen, wie Fragen der abrupten Digitalisierung erweisen sich als nicht minder relevant.

Der krisenbedingte Zwang zur digitalen Transformation

Was zuvor als unmöglich wahrgenommen wurde, funktioniert ganz plötzlich häufig doch. Persönlich und affektiv bedingte Widerstände gegen das Thema Digitalisierung spielten, wie

häufig berichtet wird, mit einem Mal keine Rolle mehr. Erste erfolgreich verlaufene Teamtreffen als Videokonferenzen sind die kleinen Erfolgserlebnisse in der Krise. Jüngere Engagierte werden mit einem Mal Experten für ein wichtiges Thema in ihren Organisationen. Schnellen Erfolgen stehen aber auch häufig ungelöste Fragen und Herausforderungen gegenüber. Zugleich zahlen viele Organisationen bei Datenschutz und Datensicherheit gefühlt einen hohen Preis. Wenn Organisationen gezwungen sind, sich zwischen dem Erhalten ihrer Arbeitsfähigkeit einerseits und Datensicherheit andererseits zu entscheiden, neigen viele zur ersten Option. Der Wunsch nach mehr politischer Guidance, sowohl im rechtlichen Bereich als auch bei der Suche nach hilfreichen digitalen Instrumenten, ist allerdings sehr groß, insbesondere bei Organisationen, die in Beratungsgesprächen mit personenbezogenen Daten arbeiten. Die Umstellung auf digitale Formen der Zusammenarbeit führte zudem zu massiven Ungleichheitsverhältnissen zwischen dem Engagement in städtischen und ländlichen Regionen. Gerade auf dem Land erweist sich bereits profanes Beantworten von Mails als schwierig und unterstreicht die Dringlichkeit der digitalen Teilhabe als Teil einer Gesellschaft gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Die durch die Corona-Krise bedingt ›zwangsläufige‹ Digitalisierung äußert sich zudem als ein Prozess zweier unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Sowohl im Ländervergleich als auch innerhalb einzelner Verbände ist die Digitalisierung von gemeinnütziger Arbeit sehr unterschiedlich weit vorangeschritten. Während manch Verein erst durch die Pandemiemaßnahmen damit begann sich mit digitalen Lösungen für die Datenverwaltung auseinanderzusetzen, war dies in anderen Organisationen bereits fest etabliert und sie konnten problemlos auf eine digitale Arbeit im ›remote‹-Modus umstellen.

Die Studie zeigt zwei weitere Themen auf, die in weiteren Untersuchungen näher beleuchtet werden sollten: So bewerteten die Befragten sehr unterschiedlich Kompetenz und Motivation von älteren Engagierten in der Auseinandersetzung mit digitalen Möglichkeiten. Während die einen eine gewisse Scheu von Älteren vor digitalen Möglichkeiten wahrgenommen hätten, bestätigten andere, dass auch unter den Älteren digitales Arbeiten positiv angenommen und akzeptiert worden wäre. Auch der Bildungsbereich des gemeinnützigen Engagements sollte in weiteren Untersuchungen nochmals aufgegriffen werden. So wurde von Befragten aus diesem Bereich bereits jetzt die Sorge kommuniziert, dass digitale Angebote soziale Ungleichheit weiter forcieren könnten. Denn je nach familiärem und Bildungshintergrund könnten Kinder und Jugendliche nicht gleichermaßen partizipieren.

Der Blick in die Zukunft – was kann Politik tun?

Auch zivilgesellschaftliches Engagement ist systemrelevant. In der Corona-Krise kam es zu einem enormen Anstieg spontanen Engagements und gesellschaftlicher Kreativität vor Ort. Vor allem der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Migrantenorganisationen, Selbsthilfe und das Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen brauchen Engagierte gerade in dieser Zeit. Dies anzuerkennen und wertzuschätzen vermessen jedoch viele der befragten

Organisationen und ihre Mitglieder. Damit ist es jedoch nicht getan. Die Ergebnisse zeigen: auch in den finanziellen, digitalen und politischen Dimensionen besteht dringender Handlungsbedarf.

Erstens sollten Bund und Länder einen Schutzschirm für existenzbedrohte Organisationen schaffen. Einige Länder haben entsprechende Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht. Im Fokus sollten jene Organisationen stehen, die über einen stark ausgeprägten Geschäftsbetrieb verfügen und dadurch besonders vom Lockdown betroffen sind. Es sollte außerdem geprüft werden, welche Zielgruppen mit den bereits bestehenden Instrumenten bisher nicht erreicht wurden. Aber auch mitglieder- und spendengetragene Organisationen können finanziell unter massiven Druck geraten, wenn sich in den nächsten Wochen die wirtschaftliche Situation von Unternehmen und Privathaushalten nicht zu erholen beginnt. Um solch längerfristige existenzbedrohende Finanzierungsnotlagen abzuwenden, müssen Bund und Länder koordiniert vorgehen und einen Schutzschirm erarbeiten, der sich nicht allein auf die Hochphase der Corona-Krise beschränkt. Die Krise macht außerdem deutlich, dass politische Entscheidungsträger*innen eine Lösung finden müssen, wie das Gebot der zeitnahen Mittelverwendung im Gemeinnützigkeitsrecht besser mit betriebswirtschaftlichen Realitäten austariert werden kann. Gemeinnützige Akteure müssen vor allem die Möglichkeit erhalten, bessere Rücklagen zu bauen.

Zweitens: Einschränkungen der Grundrechte während des Lockdowns trafen gemeinnützige Organisationen in ihrem Lebensnerv und verunsicherten Engagierte und Beschäftigte in diesem Sektor gleichermaßen. Politik – auf der lokalen, der Landes- und der Bundesebene – sollte sich mit Zivilgesellschaft häufiger und intensiver über sich verändernde Regeln, Bedarfe und Handlungsmöglichkeiten austauschen. Gemeinnützige Akteure können auf diese Weise mit Mut und Vertrauen in die Zukunft blicken und einen Weg durch die Krise finden. Zusätzlich sollte die Politik zivilgesellschaftliche Organisationen aber auch als Partner und wichtige Brücke in die Gesellschaft erkennen. Denn die Politik steht vor der Herausforderung legitimationswirksame Mechanismen der Willensbildung für den weiteren Weg durch die Krise zu finden. Eine stärkere zivilgesellschaftliche Beteiligung, bspw. über Dialogstrukturen, runde Tische, digitale Foren bis hin zu einem Zivilgesellschaftsgipfel im Bundeskanzleramt, sind wichtige Bausteine.

Drittens muss insbesondere im digitalen Bereich gehandelt werden. Denn die Corona-Krise hat zivilgesellschaftliche Organisationen regelrecht gezwungen, digitale Lösungen für ihre Zusammenarbeit und Tätigkeiten zu finden. Viele Akteure fühlen sich durch diese Umstellung überfordert und die Fülle an Instrumenten verunsichert sie. Eine Whitelist datensicherer und datenschutzrechtlich unproblematischer Anbieter und Anwendungen würde für viele Vereine eine massive Erleichterung darstellen. Leitstellen, Ehrenamtsstiftungen, Portale, verwandte Einrichtungen der Engagementpolitik der Länder oder die neu gegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt könnten solche Informationen in leicht zugänglicher Form zur Verfügung stellen. Auch ein moderiertes Peer-Learning im bürgerschaftlichen Engagement

über selbstorganisierte Plattformen kann helfen Kompetenzen aufzubauen. Zusätzlich sind in absehbarer Zeit erhebliche Kapazitäten an Einzelfallberatung notwendig, um auch die vielerorts angestoßene digitale Organisationsentwicklung im gemeinnützigen Sektor zu unterstützen. Ideal wäre es, wenn Bund und Länder mit einem breit angelegten Modellprogramm den Aufbau von Beratungskapazitäten zum Beispiel in Freiwilligenagenturen und Mehrgenerationenhäusern, Seniorenbüros, Ehrenamtsstiftungen und Selbsthilfekontaktstellen, aber auch in Verbänden fördern und mit dem Aufbau von Beratungskapazitäten in der Bundesstiftung für Engagement und Ehrenamt vernetzen.

Krisenbewältigung und Rollenfindung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE)

Am 23. Juni wurde in Neustrelitz die neue Engagementstiftung des Bundes offiziell gegründet. Die Corona-Krise hat den Aufbau der Stiftung und die sie begleitende Diskussion unter neue Vorzeichen gesetzt. Denn offensichtlich ist, dass alle in Kürze startenden Aktivitäten der Bundesstiftung auch Maßnahmen zur akuten Krisenbewältigung mitbedenken müssen. Die Überbrückung der finanziellen Herausforderungen, vor denen zahlreiche gemeinnützige Organisationen stehen, und das digitale Empowerment, das schlagartig an oberste Stelle der Agenda vieler Akteure gerückt ist, sind die beiden Hauptkontexte, die von der DSEE vorerst zu adressieren sind.

Vorab geführte Diskussionen über das zukünftige Profil dieser neuen Einrichtung kreisten vor allem um die Frage, ob eher finanzielle Förderung oder eigene operative Tätigkeiten einschließlich Serviceangeboten Schwerpunkt ihrer Aktivitäten bilden sollten. Damit ging eine ordnungspolitische Diskussion einher, die die Engagementpolitik seit bald 20 Jahren begleitet. Denn Förderung, so die Stoßrichtung der Kritiker einer allzu operativen Ausgestaltung, bedeute, dass zivilgesellschaftliche Akteure autonom bleiben hinsichtlich der inhaltlichen Verwendung von Mitteln. Das trage dem Grundgedanken eines eigensinnigen Engagements und der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation Rechnung. Serviceangebote und operative Tätigkeiten könnten der Stiftung, die ja eine Bundesbehörde ist, starke Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten in Richtung Zivilgesellschaft eröffnen. Letzten Endes ging und geht es bei der Diskussion über die DSEE damit um die Frage, wie das Verhältnis und die Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft institutionell auszugestalten sind.

Interessant ist, dass die beiden Kontexte – finanzielle Herausforderungen meistern und Digitalisierung gemeinnützigen Engagements - mit Blick auf die erwähnte Diskussion der Stiftung eine je unterschiedliche Rolle zuschreiben. Das akute Finanzierungsproblem zu adressieren bedeutet für die Stiftung, stärker eine fördernde Rolle einzunehmen. Zudem sind diese Aktivitäten vorrangig auf Krisenbekämpfung mit geringen politischen Gestaltungsoptionen beschränkt. Das Digitalisierungsthema hingegen ermöglicht die Entwicklung von Programmen mit längerer Laufzeit, stärkerem Gestaltungsanspruch und zugleich den Aufbau eigener Hauskompetenzen. Maßnahmen im Bereich der Finanzierungsprobleme fördern damit ein institutionelles Profil, das dem subsidiären Gedanken stärker Rechnung trägt, während Maßnahmen

im Bereich der Digitalisierung die Stiftung tendenziell eher zum politisch gestaltenden Akteur machen.

Angesichts der Tatsache, dass zahlreiche Bundesländer eigene Schutzschirmaktivitäten entfaltet haben und Bundesmittel für Überbrückungshilfen gemeinnützigen Organisationen offenstehen, besteht die Hoffnung, dass ein nicht zu großer Anteil der Stiftungsmittel für finanzielle Schadensbekämpfung aufgewendet werden muss. Damit sind die Weichen gestellt, dass die Stiftung sich dem Thema Digitalisierung als vordringlichstes Handlungsfeld zuwenden kann.

Aber gerade dann, wenn die neue Stiftung ein deutlich operatives Profil entwickelt, sollten die ordnungspolitischen Bedenken ernst genommen werden. Konkret hat das drei Dinge zur Folge:

- Die DSEE sollte ihre Aktivitäten – weit über den Stiftungsrat hinaus – mit der Landschaft maßgeblicher zivilgesellschaftlicher Akteure eng abstimmen und diese in Prozesse der Entwicklung und nicht erst der nachträglichen Legitimation aktiv einbinden. Dazu gehören Verbände, Netzwerke auf Bundes- und Länderebene, Landesstiftungen, Zusammenschlüsse der Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen und private Stiftungen der Engagementförderung.
- Auch in der Durchführung sollte die Stiftung diese institutionelle Landschaft klug einbinden, Doppelstrukturen verhindern und die Formenvielfalt horizontaler Netzwerke, verbandlicher Resonanzkörper und lokaler Infrastrukturen wertschätzend als mündige Vertreter von Zivilgesellschaft integrieren.
- Und schließlich – was bislang weniger im Mittelpunkt des Interesses stand – muss die DSEE auch der Forschung eine klare Rolle zuschreiben. Denn es ist verwunderlich, wie wenig Mittel Bund und Länder bislang für Maßnahmen der wissenschaftlichen Aufklärung über die aktuelle Lage von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in der Krise in die Hand genommen haben. Bleibt das so, könnten Maßnahmen im Verdacht stehen, dass ihre Destinatäre jene sind, die im politischen Raum über die wirkungsvollste Vertretung verfügen und ihre Bedarfe damit am besten platzieren konnten. Eine Zivilgesellschaftspolitik, die dem Grundgedanken gleichwertiger Lebensverhältnisse verpflichtet ist, kann sich diesen Vorbehalt nicht leisten, muss transparent auf Grundlage von offen zugänglichem Überblickswissen und soliden Situationsdiagnosen entscheiden.

Wenn das gelingt, könnte die Stiftung genau der richtige Akteur in einer Krisensituation sein, die ihre Spuren für zivilgesellschaftliches Engagement bis in die kommende Dekade hinterlassen wird.

Autor*innen

Dr. Birthe Tahmaz ist Projektleiterin im Themenbereich organisierte Zivilgesellschaft der ZiviZ gGmbH im Stifterverband. Sie war zuvor u.a. Referentin und Büroleiterin im Deutschen Bundestag und wissenschaftliche Politikberaterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Kontakt: Birthe.tahmaz@stifterverband.de

Twitter: @TahmazBirthe

LinkedIn: [linkedin.com/in/dr-birthe-tahmaz](https://www.linkedin.com/in/dr-birthe-tahmaz)

Website: www.ziviz.de

Dr. Holger Krimmer ist Mitglied der Geschäftsleitung des Stifterverbandes und Geschäftsführer der ZiviZ gGmbH im Stifterverband. Er ist Mitglied unterschiedlicher Gremien und Netzwerke, u.a. Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Bürger für Bürger, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des Bündnis für Gemeinnützigkeit und Mitherausgeber der Reihe Bürgergesellschaft und Demokratie im Springer-Verlag.

Kontakt: Holger.krimmer@stifterverband.de

Twitter: @holger_krimmer

LinkedIn: [linkedin.com/in/holger-krimmer-890759120](https://www.linkedin.com/in/holger-krimmer-890759120)

Website: www.ziviz.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de